

Andreas Wehr, Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen, PapyRossa Verlag. Köln 2013

2013 beschloss die Partei „Die Linke“ ihr Europawahlprogramm. Deren Vorsitzende teilte dazu mit, es sei lang darüber diskutiert worden, wie „zugespitzt“ die Kritik an der Europapolitik formuliert werden solle; mehrheitlich sei ein „Rückzug auf den Nationalstaat“ abgelehnt worden, auch sei nicht beabsichtigt, die AfD im Euro - Skeptizismus zu überholen“. Man kann nur hoffen, dass diejenigen, die dann der stumpfen Kritik zur Mehrheit verholfen haben, dies nicht wegen der Gefahr getan haben, anderenfalls die AfD einzuholen und zu überholen.

Die Linke hat nur dann eine Chance, wenn sie nach eingehender Analyse und Diskussion ihre eigene Position klar bestimmt; erst wenn dies geschehen ist, kann überlegt werden, ob um der besseren Realisierung willen möglicherweise Abstriche am Programm und Akzentverschiebungen in der Begründung vorgenommen werden sollen.

Ganz verfehlt ist es aber, eigene, als richtig erkannte Erkenntnisse und Positionierungen zu relativieren oder gar aufzugeben, weil sie übereinstimmen mit denen anderer Parteien oder gesellschaftlicher Kräfte, zu denen man ansonsten in grundsätzlicher Opposition sich befindet.

Das zeigt sich bei der Europapolitik besonders deutlich. Die Linke hat 360 000 Stimmen an die AfD verloren. Sehr wahrscheinlich ausschließlich wegen deren Europapolitik. Wenn nun herausgestellt wird, dass auch die Linke in der Beurteilung einzelner Fragen der Europapolitik der gleichen Meinung wie die AfD ist, so können nicht nur die Abgewanderten zurückgeholt werden, es kann auch die Grundsatzkritik an der AfD überzeugender formuliert werden; so kann gezeigt werden, dass man sich z.B. von einer SPD unterscheidet, die aufgrund eines fundamentalistischen, dogmatischen Feinddenkens Berührungsverbote zur Linken praktiziert und Anträge der Linken, die identisch sind mit den eigenen, allein deshalb ablehnt, weil sie von den Linken gestellt werden.

Wenn die AfD in den Wahlkampf zieht mit den Behauptungen, den Griechen gehe es schlecht, die Deutschen zahlten und die Banken kassierten, so kann jeder Linke der ersten und der letzten Feststellung voll zustimmen, um dann aber um so überzeugender und glaubhafter die zweite Behauptung zu kritisieren und die Frage zu stellen, was die BRD gewinnt und verliert und welche Deutsche denn zahlen und welche profitieren.*

Andreas Wehr gehört zu denjenigen Kritikern der Europäischen Union, die von keinen Berührungsneurosen geplagt werden und die unermüdlich ihre Kritik vortragen.

In seiner neuesten Publikation, einem schmalen, aber sehr informativen

Band beschreibt und analysiert er die Argumente einiger prominenter Befürworter der EU. Als Befürworter hat er ausgewählt: Jeremy Rifkin, Jürgen Habermas, Ulrich Beck, Daniel Cohn-Bendit/Guy-Verhofstadt und Martin Schulz.

A.W. stellt zutreffend fest: "In der Europäischen Union eskalieren die Klassenkämpfe." Er gehört nicht zu den Linken, die nicht wissen, was sie mit dem Klassenbegriff anfangen sollen; leider hört der Klassenkampf nicht auf, nur weil man in Bremen und anderswo keine Klassen kennt. Aber auch die von A.W. zitierten Befürworter einer Stärkung der Union wissen nichts von Klassen und sehen sich nicht als ideologische Klassenkämpfer von oben, sondern eher als die Vertreter einer demokratischen, sozialen Friedensunion.

A.W. zeigt sehr exakt an gut ausgewählten Selbstzeugnissen der Autoren auf, dass die Wirklichkeit anders aussieht und – bestenfalls – nur geträumt wird. Es wird von Wehr nicht erklärt, welche Kriterien seine Autorenauswahl bestimmt haben; eine sehr große Zahl von Wissenschaftlern und Publizisten haben sich positiv zum Projekt EU geäußert und so kann gefragt werden, warum z.B. keine Juristen oder Friedensforscher Objekte der kritischen Analyse Wehrs geworden sind. Es wurde wohl nach Prominenz und öffentlicher Wirksamkeit ausgewählt, um so der Kritik mehr Gewicht zu verschaffen.

Die Auseinandersetzung mit Rifkin, auf dessen Schrift „Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht“ Wehr sich im Titel seiner Polemik bezieht, ist eine glänzende, vernichtende Kritik. Wehr weist auf zahlreiche fehlerhafte Tatsachenbehauptungen, Fehleinschätzungen und Widersprüche hin. Das Ganze sei gespickt „mit Spekulationen, schlichten Glaubenssätzen und unzähligen Phrasen.“ Weshalb denn auch zahlreiche phrasendreschende Politiker gern aus dem Rifkinschen Buch zitieren.

Rifkin erträumt sich eine Europäische Union ohne kapitalistische Marktwirtschaft und ohne Nationalstaaten. Netzwerke sollen an die Stelle des Privateigentums treten und eine herrschaftsfreie Zivilgesellschaft soll den nationalen Staat ablösen; diese Rifkinsche Zivilgesellschaft hat mit der von Gramsci nichts zu tun, denn diese ist „erweiterter Staat“ und alles andere denn herrschaftsfrei; wie könnte denn auch eine auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Klassengesellschaft herrschaftsfrei sein? Wehr nimmt die Thesen und Träume Rifkins mit hochentwickelter kritischer Sezierkunst auseinander, und das intellektuelle Vergnügen, das diese bereitet, wird allenfalls durch das Bedenken geschmälert, ob hier nicht vielleicht J.R. doch etwas zu viel Ehre und Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die anderen EU – Befürworter träumen nicht, sondern stellen konkrete politische Forderungen auf und argumentieren mit angeblich handfesten

Tatsachen, die aber von Wehr als zweckgerichtete Behauptungen und Propaganda kritisiert werden. So behauptet z. B. Martin Schulz – und findet damit vielfache Zustimmung – durch die immer engere Verbindung der Staaten seien in Europa Kriege verhindert worden und würden auch gegenwärtig durch die EU verhindert. Für J. Habermas hat sich die „zivilisierende Kraft“ der europäischen Einigung „vor allem in der Pazifizierung eines bluttriefenden Kontinents geäußert.“ Solchen Gründungsmythen hält Wehr entgegen: „Nicht Rom als Gründungsort der Europäischen Gemeinschaften, sondern Stalingrad markiert den Wendepunkt der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.“ Die beiden großen Siegermächte des zweiten Weltkriegs führten zwar einen kalten Krieg gegeneinander, verhinderten aber, dass in Europa ein heißer Krieg ausbrach. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR dauerte es denn auch nicht lang bis in Europa - gegen Jugoslawien - wieder Krieg geführt wurde, völkerrechts- und verfassungswidrig. Deutschland – endlich! - wieder voll dabei: Genscher steckte die Lunte in Brand, J. Fischer blies aus vollen Backen, den Brand zu entzünden, und Scharping erfand seinen Hufeisenplan; dann zerstörten und töteten wieder deutsche Piloten. Das fand auch Habermas gut so.

Zurzeit rüstet die EU sich, eine eigenständige militärische Macht zu werden, um auch ohne die NATO weltweit ihre Interessen durchsetzen zu können, weitgehend unabhängig von den rechtlichen Schranken der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die demokratischen Defizite der EU werden vielfach beklagt aber sie sind, wie Wehr ausführt, wesentlich für die gegenwärtige Verfasstheit der Union. Die EU ist die neoliberale Speerspitze im Kampf des Kapitals für den Abbau staatlicher Fürsorge und Vorsorge; sie ist gerichtet gegen staatliche Planung im Interesse der lohnabhängig Arbeitenden, die keine Verfügungsgewalt über Produktionsmittel besitzen.

Das Ziel der Stärkung der EU ist nicht die Bewahrung und Vertiefung der Demokratie und ist auch nicht der soziale Staat und die Gesellschaft der Gleichen; das Ziel ist, die Weltmachtstellung des europäischen Kapitals dauerhaft zu begründen und damit die Deutschlands, denn wie die Bundeskanzlerin feststellt: „Deutschland wird auf Dauer nur stark sein, wenn Europa stark ist.“

Wehr sieht nicht in der EU sondern in den nationalen Staaten den „Raum politischer Kämpfe und Klassenauseinandersetzungen.“ Auf diesen Raum seien die Kräfte, die für eine fortschrittliche Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse in den Mitgliedsländern eintreten, dringend angewiesen, „um ihre Forderungen operationalisieren, d.h. überhaupt durchsetzbar machen zu können.“

Die folgende Anmerkung* konnte aus technischen und zeitlichen Gründen nicht mitabgedruckt werden. Die Wahlerfolge der AfD in Sachsen, in Thüringen und vor allem in Brandenburg im September 2014 zeigen m.E., dass nur eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Sachargumenten und deren Einordnung in die Gesamtstrategie einer Partei oder Organisation die Grundlage bilden kann für eine überzeugende und erfolgversprechende Kritik und alternative Politik.

* Nach Fertigstellung der Rezension musste ich zu meinem Bedauern feststellen, dass Bernd Riexinger in seinem Beitrag „Gespenst von links“, jw vom 7.1.2014 in diesem Punkt dezidiert anderer Meinung ist. Auch er zitiert die Wahlkampfparole der AfD und schreibt, daran sei „nichts richtig – am ehesten noch, dass die Banken kassieren.“ Am ehesten: das heißt doch wohl: möglicherweise, vielleicht kassieren die Banken. Es ist jedoch ganz gewiss, dass die Banken kassieren und sie kassieren sogar ausschließlich. Das hat Riexingers Kollegin Sarah Wagenknecht oft und wohlbegründet festgestellt. Paul Kirchhof, der ehemalige Verfassungsrichter und irgendwelcher linken Überlegungen gänzlich unfähig, sieht das Geld auch von den Banken vereinnahmt; der mit Gemeinschaftsgeld vorgenommene Geldtransfer sei nicht nur mit Auflagen und Sanierungspflichten verknüpft: „Der Finanzmarkt verlangt außerdem hundert Prozent des so erreichten Sparerfolgs für sich, ohne die sparenden Menschen in ihrem Heimatstaat den Vorteil des Sparens – bessere Straßen und Schulen, funktionierende Universitäten und Krankenhäuser, Arbeitsplätze – erleben zu lassen.“ P. Kirchhof, Geldeigentum und Geldpolitik, FAZ v. 13.1.2014, S.7.

Die Behauptung der AfD, „Die Griechen leiden“ wird von Riexinger auch als falsch angesehen, denn „es leiden viele, aber nicht alle Griechen“, es zahlten vielmehr die „Unteren“ für den auch in der Krise gewachsenen Reichtum der Oberen. Das ist gewiss richtig, aber wird denn dadurch der Wahlkampflogan „die Griechen leiden“ falsch, weil eine winzige Schicht, wie allseits bekannt, nicht leidet, sondern ihren Reichtum erhält und vermehrt? Riexinger kritisiert sehr zu recht und überzeugend die Behauptung, dass „die Deutschen“ zahlten. Riexinger verniedlicht das Problem aber, wenn er meint, linke Antworten auf rechten Populismus könnten nicht einfach durch ähnliche Rhetorik versuchen, Wähler von rechts nach links zu ziehen. Es kommt darauf an, Wähler die von links nach rechts abgewandert sind, wieder zurückzugewinnen und weitere Abwanderungen zu verhindern. Wenn aber Tatsachenbehauptungen aufgestellt werden über die Lage der Griechen und das Verhalten der Banken, so ist das keine rechte Rhetorik, sondern sind dies Feststellungen die auch dann richtig bleiben, wenn sie von rechts vorgebracht werden. Erst wenn dies geklärt ist, kann mit Aussicht auf Erfolg die rechte Rhetorik und Ideologie entlarvt und bekämpft werden.

